

Bundesweiter Aktionstag am 26. Februar!!!!11elf!!

Aufruf des Bündnis' #FürgerechteBildung

Für gerechte Bildung! Kein Schulbetrieb auf unserem Rücken!

Für Millionen Schüler:innen heißt Bildung seit Monaten vor allem Unsicherheit und Chaos.

Während der Staat Milliarden bereitstellt, um die Profite riesiger Unternehmen zu sichern,

unternimmt er nichts, um sichere und gerechte Bildung während der Corona-Pandemie sicher

zu stellen. Im Gegenteil: Erst blieben die Schulen mit völlig unzureichenden Vorkehrungen

offen, selbst als die Infektionszahlen in die Höhe schossen.

Als dann auf Online-Unterricht umgestellt wurde, geschah dies völlig unvorbereitet und ohne

einen Plan um soziale und ökonomische Ungleichheiten auszugleichen. In vielen

Bundesländern besuchen außerdem Abschlussklassen noch immer ohne ausreichende

Hygienevorkehrungen die Schule.

Die Prüfungen würden um jeden Preis stattfinden (so die Kultusminister:innen), damit spätere

Chef:innen uns mit vorhergehenden Jahrgängen in ihrem Sinne vergleichen können.

Das obwohl die Pandemie für viele Schüler:innen eine noch stärkere Belastung als je zuvor

darstellt. Gerade durch das Wegfallen jeglichen Ausgleichs zur Schule, spitzt sich die

Situation für zahlreiche Haushalte weiter zu.

Nicht nur Schüler:innen sind belastet, sondern auch ihre Eltern. Ihnen wird abverlangt nicht

nur weiter arbeiten zu gehen, um die Profitwirtschaft am laufen zu halten,

sondern

gleichzeitig noch ihre Kinder beim Homeschooling zu unterstützen. Dabei sind Frauen

besonders belastet.

Auch Lehrkräfte leiden unter der Situation, da sie Homeoffice und Kinderbetreuung unter

einen Hut bringen müssen.

Die jetzige Politik der Regierung gefährdet unser aller Gesundheit und macht unsere

Bildungschancen zu nichts!

Wir rufen deshalb alle Schüler:innen, Eltern, Lehrer:innen, sowie die Gewerkschaften, gerade

die GEW, und alle, die sich solidarisieren wollen auf, am TT. Februar aktiv zu werden!

Organisiert euch darüberhinaus an euren Schulen, sprecht eure Mitschüler:innen an, um diese

Forderungen an eure Schule zu tragen.

Zeigt euren Protest gegen die Corona-Schulpolitik der Regierung: In Form von zum Beispiel

Streiks, Kundgebungen und Plakaten!

Wir fordern:

- Bundesweite Durchschnittsabschlüsse
- bessere Hygienekonzepte
- Massive Investitionen in das Bildungssystem: mehr Personal, kleinere Klassen, mehr Lernräume schaffen
- Flächendeckend Luftfilter in den Klassenzimmern
- soziale, finanzielle und psychische Unterstützung für Schüler:innen im Home-Schooling
- kostenfreie digitale Ausstattung
- Kostenfreie Nachhilfe in den Stadtteilen
- Sichere Lernräume für Schüler:innen, die zu Hause nicht lernen können

- Garantierte Übernahme von Auszubildenden
- Flächendeckende Rückkehr zu G9
- ein Schulsystem, in dem Schüler:innen wirklich mitentscheiden können.

Gemeinsam wollen wir unseren Landesregierungen und der Bundesregierung zeigen, dass wir nicht unsere Gesundheit und die unserer Mitmenschen aufs Spiel setzen! Für gerechte Bildung – Kein Schulbetrieb auf unserem Rücken!

Revo4Ort: Dresden

Der Mord an George Floyd erschütterte die Welt und führte zu massiven Protesten gegen Rassismus und Polizeigewalt. International finden gerade Demonstrationen in Solidarität mit den rassistisch Unterdrückten in den USA statt. Doch Rassismus ist natürlich nicht nur dort ein Problem. Erinnern wir uns nur an den 19. Februar 2020, an dem der Rechtsradikale Tobias Rathjen neun Menschen in zwei Shishabars und einem Kiosk in Hanau ermordete. Erinnern wir uns an den 9. Oktober 2019, an dem der Antisemit Stephan Balliet einen Anschlag auf eine Synagoge in Halle verübte. Oder erinnern wir uns an Oury Jalloh, der 2005 in Polizeigewahrsam verbrannte. Hinzu kommen rassistische Aufmärsche, wie die Montagsdemonstrationen von Pegida hier in Dresden. Rassismus ist ein internationales Problem, sowohl institutionell in staatlichen Strukturen wie der Polizei, als auch in unserem Alltag. Der Mord an George Floyd ist hier nur die Spitze des Eisbergs, der Tropfen, der das Fass der tagtäglichen Benachteiligung, Misshandlung und Diskriminierung zum Überlaufen brachte.

Tagtäglich sind Menschen mit „anderer“ Herkunft, „anderer“ Hautfarbe, Migrationshintergrund, usw. benachteiligt und werden geächtet. Ein großer Teil von ihnen gehört zur unterdrückten Klasse in der bürgerlichen Gesellschaft, der Arbeiter_Innenklasse. Oft sind sie selbst in den prekärsten Beschäftigungsverhältnissen angestellt und erreichen, aufgrund von Sprachproblemen oder Vorurteilen, keinen so hohen Abschluss. Von Nazis und Rechtsradikalen werden sie dann als dumm und Schmarotzer dargestellt, obwohl sie oft zu denen gehören, die am meisten für ihre Existenz kämpfen müssen. Viele Menschen mit Migrationshintergrund werden nach Jahren wieder in vermeintlich sichere Herkunftsländer abgeschoben. Zu diesen Ländern gehört z.B. auch Libyen. Ein Land in dem Bürgerkrieg herrscht.

Doch woher stammt dieser Rassismus? Die herrschende Klasse – die Kapitalist_Innen – und der Staat als ihre nationale Vertretung und als Instrument der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft stehen stets in internationaler Konkurrenz. Dafür müssen sie das Wirtschaftswachstum im Land ankurbeln, um Profite zu steigern, die höher als die der anderen nationalen Wirtschaften sind. Zu diesem Zweck werden auch andere Länder und ihre Bevölkerung geplündert und wenn es notwendig ist auch militärisch unterjocht. Insbesondere Deutschland und die USA, als imperialistische Staaten, beuten andere wirtschaftlich aus und beteiligen sich an Kriegen um Ressourcen wie Erdöl und Absatzmärkte für ihre Billigprodukte. Die Menschen, die dann vor Krieg und Armut fliehen, werden aus Europa abgeschoben oder ertrinken im Mittelmeer. Dafür ist Rassismus eine Rechtfertigung. Weiterhin dient dieser Rassismus und die nationale Abschottung natürlich auch der Spaltung der Arbeiter_Innenklasse,

damit sie nicht in einem internationalen Kampf den Kapitalismus überwinden kann. So können z.B. in Deutschland Saisonarbeiter_Innen aus der Ukraine oder Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus besonders gut ausgebeutet werden, weil viele deutsche Arbeiter_Innen, die von der bürgerlichen Ideologie beeinflusst wurden, nicht mit ihnen in den Streik treten.

Dadurch, dass Rassismus ein gesellschaftliches Problem ist, sind auch staatliche Institutionen wie Schulen nicht frei von strukturellem und alltäglichem Rassismus. Hast du schon mal Rassismus an deiner Schule, Uni oder in deinem Umfeld erlebt? Willst du dich klar dagegen positionieren und für diese Menschen einsetzen? Bist du vielleicht sogar selbst davon betroffen?

Dann beteilige dich an unserer Kundgebung „Jugend gegen Rassismus“

Am 18.7. Samstag
15 Uhr am Jorge-Gomondai Platz, Dresden

#Berlinblockieren (XR) - ein Bericht von den Blockaden

#Berlinblockieren, unter diesem Slogan besetzen Aktivist_Innen der Kampagne Extinction Rebellion (XR) in den letzten Tagen Verkehrsknotenpunkte des Landes Berlin. Im Rahmen dessen fand gestern eine Blockade des Kurfürstendamms Ecke Joachimsthaler Straße statt.

Unter dem Slogan „Shut Down KuDamm“ blockierten etwa 1.000 Menschen gestern die Kreuzung. Auch wir von REVOLUTION beteiligten uns an dieser Aktion, die von der XR Youth Berlin organisiert wurde.

Zu Beginn zogen sich die Aktionen etwas hin. Das lag daran, dass es im Vorfeld bei den Anmeldegespräche scheinbar ein ungenauer Ort der Kundgebung verhandelt wurde. Dies ermöglichte es der Polizei uns auf dem Bürgersteig abzustellen, mit Hamburger Gittern zu ummauern und die Blockadeaktionen hinauszuzögern. Erst deutlich später gelangten Aktivist_Innen auf die Kreuzung und die Besetzung konnte stattfinden. Scheinbar befreit die integrative Politik von XR gegenüber der Polizei, diese nicht vor ihren Manövern. Leider konnten wir aufgrund dessen unsere mit der XR Youth abgesprochene Rede nicht halten, da die Bühne außerhalb der Blockade stand und wir es für falsch hielten, die Aktivist_Innen von der Straße weg zu holen, um sich mit unseren Inhalten auseinanderzusetzen.

Trotz der solidarischen Aufforderung in den Packlisten von XR, was auf eine solche Blockade mitzubringen sei, forderten die Ordner_Innen vor XR linke Kräfte auf, ihre Banner einzurollen. So geschehen gegenüber der Revolutionären Kommunistischen Manifest-Gruppe (Europa), mit der wir uns solidarisierten und mit den Ordner_Innen darüber stritten, warum wir diese politische Zensur ablehnen, uns ihr widersetzen. Sie verhindert nämlich eine offene Diskussion über die Perspektive der Klimabewegung. Sollte das politische Programm der Führung hierbei falsch sein und nicht zum Erfolg führen, dann verbrennen wir nicht nur eine ganze Generation neuer politischer Aktivist_Innen, sondern auch unsere natürliche Lebensgrundlage. Sollte ihre Position richtig sein, dann sollte sie doch auch die offene Auseinandersetzung nicht scheuen. Selber eine Gruppe von PoC's (People of Color), die ein Transparent hatte, dass auf die ermordeten Klimaaktivist_Innen aus dem Globalen Süden hinwies, sollte versteckt werden. Hier bekommt der Slogan „Sagt die Wahrheit“ eine ganz andere Bedeutung.

Insgesamt häuft sich aktuell die Kritik in der Linken an der Bewegung. Auch wir haben vor Ort unter dem Slogan „Massenstreik oder ziviler

Ungehorsam“ die Frage des Programms der Klimabewegung und der Taktik im

Kampf aufgeworfen und haben eine Kritik an der Bewegung in unserer aktuellen Zeitung

(<http://onesolutionrevolution.de/extinction-rebellion-ziviler-ungehorsam-als-antwort-auf-die-klimakrise/>).

Die Kritik an der Bewegung ist auch in weiten Teilen berechtigt, jedoch dürfen wir als Revolutionär_Innen nicht nur kritisierend daneben stehen, während die Bewegung Kreuzungen blockiert. Wir müssen den Protest solidarisch unterstützen und gleichzeitig offen unsere Kritik einbringen, notfalls auch gegen die Linie der Ordner_Innen. Dafür werden wir uns weiterhin einsetzen!